



Statement

07. Oktober 2026

Rede anlässlich des 7. Oktober 2026, Hannover

Dr. Gerhard Wegner, Niedersächsischer Landesbeauftragter gegen Antisemitismus und für den Schutz jüdischen Lebens

Liebe Freundinnen und Freunde!

Zum dritten Mal gedenken wir heute der Opfer des fürchterlichen Angriffs der Terror-Gruppe Hamas und des palästinensischen Islamischen Dschihad auf Israel am 7. Oktober 2023. Es war der schlimmste Anschlag auf Jüdinnen und Juden seit der Shoa. Wir erneuern die Trauer um die über tausend Menschen, die brutal ermordet wurden. Frauen, Kinder, alte Menschen, junge Leute, die auf dem Nova Festival feierten, Familien, die gerade die Zeit der hohen jüdischen Feiertage hinter sich hatten. Genauso vergessen wir das Leid der Geiseln nicht. Viele von Ihnen sind zum Glück wieder in Freiheit, doch die traumatische Zeit wird sie und ihre Angehörigen ein Leben lang begleiten. Wir erinnern uns auch an diejenigen, die in Geiselhaft ermordet wurden, deren Familien die Hoffnung auf ein Wiedersehen aufgeben mussten und nicht nur den Verlust ihrer Liebsten, sondern auch deren Schrecken vor dem Tod betrauern müssen. Der 07. Oktober war ein grausamer Einschnitt im Leben von Jüdinnen und Juden weltweit.

Hinweise (Art. 13 und 14 Datenschutz-Grundverordnung) zum Datenschutz und zu Ihren Rechten finden Sie in unserer Datenschutzerklärung unter https://www.mj.niedersachsen.de/startseite/service/informationspflichten_nach_der_datenschutzgrundv_erordnung/datenschutzerklarungen-187333.html

Auf Wunsch werden wir Ihnen die Datenschutzerklärung zusenden.

Nr.

03/2026

Am Waterlooplatz 1
30169 Hannover

Tel.: (0511) 120-8750
Fax: (0511) 120-99-8751

www.mj.niedersachsen.de
E-Mail: antisemitismusbeauftragter@mj.niedersachsen.de



Wir fordern Solidarität mit all denjenigen, die solch einen Anschlag auf Israel nicht hinnehmen wollen – nicht vor drei Jahren und überhaupt nicht. Das Leben von Jüdinnen und Juden gehört geschützt: in Israel und in aller Welt. Jede Form von Übergriffen und Terror gilt es entschieden zu verurteilen. Deutschland ist aufgefordert, mit allen rechtsstaatlichen Mitteln gegen Sympathisantinnen und Sympathisanten und Förderer des Terrors vorzugehen – hier heute in Hannover genauso wie anderswo.

Vor drei Jahren und noch immer finden sich aber nicht wenige Menschen, die den Angriff auf Israel am 7. Oktober nicht nur offen bejaht haben, sondern immer noch als einen legitimen Akt des Widerstandes feiern – so auch hier in Hannover, hier heute drei Jahre später. Da wird positiv von „Intifada“ gesprochen, einem Terrorgeschehen, dem viele tausende Menschen zum Opfer fielen – sogar von „Intifada bis zum Sieg“, was auch immer „Sieg“ in diesem Fall anderes bedeuten soll als die Vernichtung Israels. Entsprechende Parolen müssten verboten werden, da sie offen gegen die Existenz des Staates Israel gerichtet sind. Aber bisher gelingt das nicht. Sie gelten als freie Meinungsäußerung. Darf man einen Aufruf zum Mord frei äußern? Das ist doch absurd!

Antisemitismus ist in Deutschland trotz aller anders lautenden, pathetischen Äußerungen von Politikerinnen und Politikern eben ganz und gar nicht verboten. Vor allem dann offenbar nicht, wenn er gegen Israel in Anschlag gebracht wird. Israel wird in der deutschen Öffentlichkeit – und im Ausland oft noch viel mehr – stigmatisiert und dämonisiert, was das Zeug hält. Man kann allen Ernstes hören, dass die Israelis die neuen Nazis wären, was dann

Hinweise (Art. 13 und 14 Datenschutz-Grundverordnung) zum Datenschutz und zu Ihren Rechten finden Sie in unserer Datenschutzerklärung unter
https://www.mj.niedersachsen.de/startseite/service/informationspflichten_nach_der_datenschutzgrundverordnung/datenschutzerklärungen-187333.html

Auf Wunsch werden wir Ihnen die Datenschutzerklärung zusenden.

Nr.

03/2026

Am Waterlooplatz 1
30169 Hannover

Tel.: (0511) 120-8750
Fax: (0511) 120-99-8751

www.mj.niedersachsen.de
E-Mail: antisemitismusbeauftragter@mj.niedersachsen.de



logischerweise bedeutet, dass man alles Recht hat einen solchen Staat in allen Formen zu bekämpfen – nicht nur mit schamlosen Boykottaufrufen in der Kultur oder Spielverweigerungen im Sport oder mit verlogener Berichterstattung, Filmen und anderem. Für Deutsche ist das dann eine höchst willkommene Abkehr von der Beschäftigung mit der eigenen Schuld nach dem völlig verlogenen Motto: Da seht ihr es doch! Die Juden sind auch nicht besser!

Im Übrigen ist das nichts Neues: Die DDR hat diese Form von höchst aggressiver Feindschaft gegen Israel schon in den fünfziger Jahren vorgeführt, und zwar nicht nur verbal, sondern aktiv mit der Lieferung von Waffen und vielfacher Ausbildungshilfe zur Vernichtung Israels. Die antisemitische Tradition Deutschlands hat 1945 überhaupt nicht geendet! Auch das ist etwas, woran wir uns am 7. Oktober 2026 erinnern müssen! Antisemitismus ist in Deutschland virulent geblieben, auch wenn er sich heute besonders stark auf Israel bezogen zeigt. Es ist im Kern immer dasselbe: es ist ein tiefsitzender Hass auf Jüdinnen und Juden, auf ihren Staat. Ein Hass, den niemand in einem anderen Fall auch nur in Ansätzen dulden würde. Alles, was man früher verleumderisch und verlogen gegen einzelne Jüdinnen und Juden vorbrachte, wird heute gegen Israel in Anschlag gebracht.

Überflüssig zu sagen, dass dieser Hass gegen Israel, gegen den „Zionismus“ und gegen Jüdinnen und Juden überall in der Welt nichts – aber auch gar nichts! – mit einer wirklichen Auseinandersetzung dem der Regierung Israels oder seiner Kriegsführung zu tun hat. Hier kann, ja hier muss man sogar, vieles kritisieren, so wie man es bei jedem anderen Land auch

Hinweise (Art. 13 und 14 Datenschutz-Grundverordnung) zum Datenschutz und zu Ihren Rechten finden Sie in unserer Datenschutzerklärung unter https://www.mj.niedersachsen.de/startseite/service/informationspflichten_nach_der_datenschutzgrundverordnung/datenschutzerklärungen-187333.html

Auf Wunsch werden wir Ihnen die Datenschutzerklärung zusenden.

Nr.

03/2026

Am Waterlooplatz 1
30169 Hannover

Tel.: (0511) 120-8750
Fax: (0511) 120-99-8751

www.mj.niedersachsen.de
E-Mail: antisemitismusbeauftragter@mj.niedersachsen.de



tun würde. Das tun wir auch. Aber wir tun es, weil wir an der Seite dieses Landes stehen und wollen, dass es blüht und gedeiht mit all seinen Nachbarn zusammen – in Frieden und Versöhnung. Der Weg dahin kann noch lang sein. Aber wir bleiben dran und deswegen lassen wir – um es noch einmal zu sagen – keine Hetze und keine Dämonisierung Israels, keinen Hass gegen Jüdinnen und Juden zu. Deswegen: Weil es um Frieden und ein gerechtes Leben für alle geht!

Antisemitismus, der Hass gegen Jüdinnen und Juden, schadet uns allen und beeinträchtigt unser Zusammenleben, die Demokratie überall. Manche am rechten und linken Rand unseres Gemeinwesens reiten wieder auf ihm rum. Nur wer sich von solchen Positionen klar distanziert – und kein entsprechendes Klima toleriert – kann an einer Regierung beteiligt werden. Und dass eine AfD Regierung nicht nur Jüdinnen und Juden Angst macht, liegt auf der Hand.

Es geht um unser aller Haltung - nicht um bloße Worte oder reine Gesten! Nein darum, dass jeder Form von Hass gegen jüdische Menschen immer wieder eine klare Absage erteilt wird, ein klares Nein in Politik und Recht, in der Zivilgesellschaft und im Staatsapparat, in Vereinen, Parteien und Organisationen. Dass kein Ressentiment gegen andere geduldet wird; nicht in der Bildung oder der Wissenschaft. Und dies alles entscheidet sich letztlich auch an der Haltung zu Israel. Dabei bleiben wir, auch wenn das manche nicht hören wollen. Shalom!

Hinweise (Art. 13 und 14 Datenschutz-Grundverordnung) zum Datenschutz und zu Ihren Rechten finden Sie in unserer Datenschutzerklärung unter https://www.mj.niedersachsen.de/startseite/service/informationspflichten_nach_der_datenschutzgrundverordnung/datenschutzerklarungen-187333.html

Auf Wunsch werden wir Ihnen die Datenschutzerklärung zusenden.

Nr.

03/2026

Am Waterlooplatz 1
30169 Hannover

Tel.: (0511) 120-8750
Fax: (0511) 120-99-8751

www.mj.niedersachsen.de
E-Mail: antisemitismusbeauftragter@mj.niedersachsen.de